

## Appell von Bürgerrechtler\*innen an FDP und Grüne in den Koalitionsverhandlungen:

# Grund- und Freiheitsrechte müssen endlich wieder Geltung erlangen!

In den letzten Legislaturperioden sind von verschiedenen zusammengesetzten Bundesregierungen wiederholt Grund- und Freiheitsrechte unter dem vorgeblichen Ziel der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung eingeschränkt worden. Dabei sind die Fehler, die z.B. bei der Verfolgung des Terroristen Anis Amri oder der NSU gemacht worden sind, nicht fehlenden Befugnissen geschuldet, sondern der mangelnden Anwendung bestehender Gesetze zu Festnahme, Inhaftierung, Anklage, Bestrafung und Ausweisung. Nun fordern die Unionsparteien, die mit Ausnahme der Amtszeit von Otto Schily seit 1982 das Bundesinnenministerium besetzt halten, schon wieder neue Gesetzesverschärfungen wie die "Quellen-Telekommunikationsüberwachung", die verfassungsrechtlich zweifelhafte Vermischung der Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz ebenso wie die nicht verfassungskonforme "Zusammenarbeit" - in Wahrheit Zusammenlegung - von Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder.

Wir sind der Auffassung, dass eine Koalition, der neben den Unionsparteien FDP und Grüne angehören, spürbare Veränderungen bei den Grund- und Freiheitsrechten erreichen muss. Es kann nicht beim "Weiter so" bleiben. Das gilt für die Innen- und Rechtspolitik ebenso wie für die Digitalisierung und den Grundrechts- und Datenschutz.

**"Diejenigen, die bereit sind, eine wesentliche Freiheit aufzugeben, um ein wenig vorübergehende Sicherheit zu erlangen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit." (Benjamin Franklin)**

Wir wenden uns gegen eine Fortsetzung der bisherigen Politik und wollen, dass sich etwas ändert. Wenn FDP und Grüne als Parteien ernsthaft beanspruchen, sich für die Bürgerrechte einzusetzen, erwarten wir, dass die Politik weiteren Strafrechtsverschärfungen und dem Ausbau von Überwachungskompetenzen Einhalt gebietet.

Wir fordern endlich eine Erforschung der Ursachen des (islamistischen) Terrors, aber auch der zunehmenden Gewalt und ein intelligentes, gezieltes und verhältnismäßiges Vorgehen durch soziale und politische Prävention, wie sie z.B. vom ehemaligen Bundesinnenminister Baum gegenüber der RAF begründet wurde und wie sie letztlich zentrale Voraussetzung war, dass dieses blutige Kapitel deutscher Geschichte beendet wurde.

Statt alle Bürgerinnen und Bürger durch die Vorratsdatenspeicherung zu Verdächtigen zu machen, fordern wir die Entwicklung und den Einsatz von wirksamen Mitteln der gezielten Verhütung von Kriminalität durch die Erforschung und Bekämpfung ihrer Ursachen.

### **Strafrecht konsequent und schnell anwenden und Resozialisierung ermöglichen**

Wir fordern die Rückkehr zu einer liberalen Strafrechtspolitik mit Augenmaß und eine Reform des Strafvollzugs, die Verfahren nicht auf die lange Bank schiebt, Resozialisierung wieder möglich macht und die nicht nur auf vermeintliche Abschreckung, sondern auf Kriminalitätsverhütung setzt.

Dabei sollen auch bestimmte Milieus der Bandenkriminalität, der Zwangsprostitution und des Drogenhandels durch mittelfristige, durch kriminologische Forschung gestützte Strategien

polizeilich, strafrechtlich, sozial und weitere Rechtsgebiete (Zivilrecht, Ausländerrecht etc., aber auch Entkriminalisierung) übergreifend und nachhaltig zurückgedrängt werden.

### **Digitalisierung nur mit gleichzeitigem Ausbau der Bürgerrechte**

Erst kürzlich hat die CSU in Person des kommissarischen Verkehrsministers Dobrindt ein bürgerrechtlich mehr als zweifelhaftes Gutachten zum angeblichen "Eigentum an Daten" veröffentlicht, das in Wahrheit die Enteignung der Bürger\*innen von ihren personenbezogenen Daten durch Wirtschaftsinteressen betreibt.

Personenbezogene Daten sind keine Ware und auch nicht handelbar, der Datenschutz ist ein Grundrecht, das sich aus der Menschenwürde ableitet und nicht vermarktet werden kann und darf.

Wer wie Kanzlerin Merkel auf den beiden letzten IT-Gipfeln dies "den Datenschatz heben" nennt, zeigt dass sie das Prinzip der Grund- und Freiheitsrechte nicht hinreichend verstanden hat. Wer die verfassungsrechtlich begründeten Grundsätze von Zweckbindung und Datensparsamkeit lockern will, betreibt dasselbe Geschäft, das Google, Facebook, WhatsApp und andere Datenkraken bisher unter Missachtung der Gesetze und weitgehend unbehelligt von vielen Regierungen betrieben haben.

Wir fordern eine Förderung der Digitalisierung bei ebensolcher Förderung der konsequenten Anwendung der Gesetze - wie der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung - und fairen, gleichen Wettbewerb statt Privilegien für Datenkraken.

### **Digitalisierung und Selbstbestimmung in Schule, Hochschule und Ausbildung**

Wer die Digitalisierung und die Wirtschaft 4.0 fördern und die Freiheitsrechte dabei bewahren und ausbauen will, muss die Diskussion über die Möglichkeiten selbstbestimmter Gestaltung der Digitalisierung vorantreiben. Wir brauchen eine ethische Diskussion über die Wertebildung bei der Erforschung und rechtlichen Gestaltung von künstlicher Intelligenz, die die Bürgerrechte und Freiheiten unserer Verfassung, der Europäischen Grundrechte-Charta sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention zugrunde legt und bei der Entwicklung von Technik einfließen lässt.

Dazu gehört auch die Förderung des produktintegrierten Grundrechtsschutzes (Datenschutz by Design) und ethischer Verpflichtungen in der Entwicklung von Robotik und eine weltweite Ächtung von autonomen Kriegswaffen mit künstlicher Intelligenz.

Wir brauchen mehr Wissen über Chancen und Risiken der digitalen Zukunft und eine bessere Vermittlung von IT- und Datenschutzkenntnissen in Schule, Hochschule, Ausbildung und Weiterbildung insbesondere bei Lehrer\*innen und Ausbilder\*innen.

**Wir fordern eine liberale Wende in der Innen-, Rechts- und Digitalisierungspolitik!**

Erstunterzeichner\*innen:

Roland Appel	Unternehmensberater	Bonn
Beate Beißwenger	Datenschutzreferentin	Nürnberg
Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.	Bundesvorstand	Bonn
Dr. Alexander Dix LL.M.	Datenschutzbeauftragter a.D.	Berlin
Günter Eisold	Kommunikationsberater	Wörrstadt
Dr. Michael Friedewald	Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt/ Fraunhofer Institut für System- und Innovations- forschung ISI	Karlsruhe
Dr. Rolf Gössner	Rechtsanwalt/Publizist, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte	Bremen
Muriel Hanafi	Studentin der Rechtswissenschaften	Berlin
Marit Hansen	Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein Mitglied Forum Privatheit	Kiel
Werner Hülsmann	Datenschutzexperte	Ismaning
Dr. Heiner Jüttner	Wirtschaftswissenschaftler	Aachen
Michael Kleff	Journalist	Bonn / New York
Rudi Kramer	Syndikusrechtsanwalt	Nürnberg
Prof. Dr. Anna Lipphardt	Inst. f. Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie	Freiburg
Prof. Dr. Veronika Lipphardt	Mitbegründerin Wissenschafts- Initiative Forensische DNA-Analysen	Freiburg
Dr. Nicholas Martin	Forum Privatheit und selbstbe- stimmtes Leben in der digitalen Welt / Fraunhofer ISI	Karlsruhe
Dr. Rainer Metz	Rechtsanwalt	Krefeld
Prof. Dr. Carsten Momsen	Universitätsprofessor für Strafrecht	Berlin

Dr. Till Müller-Heidelberg	Rechtsanwalt, ehem. Bundesvorsitzender der Humanistischen Union	Bingen
Netzwerk Datenschutzexpertise	Expert*innennetzwerk	Bundesweit
Rico Pieper	stv. Vorsitzender DVD	Bonn
Prof. Dr. Peter Pfaffelhuber	Universitätsprofessor für Mathematik	Freiburg
Dr. Joachim Rieß	Rechtsanwalt	Korb i.R.
Clemens Ronnefeldt	Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig d. Internationalen Versöhnungsbund	Freising
Prof. Dr. Alexander Roßnagel	Forum Privatheit	Kassel
Selbstbestimmt.Digital e.V.	Bürgerrechtsinitiative	Freiburg
Frank Spaeing	Datenschutzberater	Halle/Saale
Thomas Spaeing	Geschäftsführer Unternehmensberatung	Versmold
Arzu Toker	Schriftstellerin	Köln
Dr. Thilo Weichert	ehem. Leiter des Unabhängigen Landesdatenschutzzentrum Schl.-Holst.	Kiel
Ricarda Wilhelm	Rechtsanwältin	Berlin